

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **64 (1984)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von der «Regierungskrise» zum politischen Führungsdefizit

Die «Regierungskrise» fand nicht statt. Der 12. Februar, zuvor von weiten Medienkreisen zum nationalen «Schicksalstag» der achtziger Jahre hochstilisiert, brachte zwar neben dem Ja der Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Weiterführung der Regierungsbeteiligung die Lancierung der These von der «unbequemeren SP-Politik». Dies schien die Kompromissformel nach geschlagener Schlacht zu sein, auf der sich die verfeindeten Flügel wieder zusammenfinden sollten.

Doch der wieder eingelebte Alltag der eidgenössischen Innenpolitik sieht anders aus. Zwar machten die Sozialdemokraten ihre «Drohung» wahr und praktizieren nun den Namensaufruf bei Parlamentsentscheiden mit einer gewissen Systematik – eine Übung, die übrigens allerhöchstens als lästig, aber keineswegs als «unbequem» erscheint. Auch wurden die beiden SP-Bundesräte mit Erfolg dazu angehalten, im Hinblick auf die Abstimmung vom 20. Mai nicht als Sprecher der Landesregierung und damit *gegen* die eigenen Parteiparolen anzutreten.

Das sind jedoch eher marginale Erscheinungen. Eine Zwischenbilanz drei Monate nach dem Entscheid zur «unbequemeren Politik» und damit zu einer noch schärfer akzentuierten «Fünfer und Weggli»-Taktik in der Doppelrolle als Regierungs- und Oppositionspartei ergibt nämlich, dass

von einem eigentlichen Stilwechsel im Sinne eines Übergangs von der Konkordanz zur «Konkurrenzdemokratie» ernstlich keine Rede sein kann. Die «Zauberformel»-Regierung ist so gut oder so schlecht wie zuvor.

Im zentralen Sektor der Parlaments-tätigkeit, in der Arbeit der Kommissionen, ist überhaupt nichts spürbar von «unbequemeren» Sozialdemokraten. Das Klima ist unverändert sachlich. Bezeichnend ist vor allem der Verlauf der Diskussionen um die «Richtlinien für die Regierungspolitik 1983–87». Die entsprechende Kommission ist höchst prominent besetzt; sowohl der Partei- wie der Fraktionspräsident der SP sind dabei. Da ist keine Rede von «linken» Alternativen oder von spezifisch sozialistischer Kritik an Aufgabenkatalog und Legislatur-Finanzplan. Es scheint im Gegenteil, dass sich die SP womöglich noch deutlicher als andere Bundesratsparteien hinter das «Regierungsprogramm» stellen will.

Dies mag damit zusammenhängen, dass auch ihnen nicht entgangen ist, wie sehr das Regierungskollegium zu einem blossen Gremium von «Departementsverwaltern» geworden ist. Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als dass die einzelnen Bundesräte ihre Zuständigkeitsbereiche in grosser Freiheit gestalten, solange sie nicht ändern ins Gehege kommen. Das trifft insbesondere auch für die Personal-

politik zu. Für die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder heisst dies, dass sie weit weniger ins Kollegium «eingebunden» werden, als dies im Rahmen des Kollegialprinzips eigentlich üblich und vor allem auch nötig wäre. Die Konsequenz für das Regierungssystem als Ganzes muss auf den Nenner gebracht werden, dass sich die Tätigkeit der Exekutive wie der Legislative immer mehr auf die gründliche Behandlung von Einzelvorlagen konzentriert, während das Regieren im eigentlichen Sinn immer mehr zu kurz kommt. Es zeichnet sich mit andern Worten ein Führungsdefizit ab.

Natürlich gibt es für diesen Zustand verschiedene Erklärungen und auch Gründe objektiver Art: Die Bundesräte sind chronisch überlastet. Darüber hinaus gibt es gegenwärtig, bei aller sonstigen Qualifikation der Regierungsmitglieder, eher zu wenig als zu viele «Integrationsfiguren» im Kolle-

gium. Angesichts der parteipolitischen Heterogenität des Bundesrats fällt dieser Umstand besonders stark ins Gewicht. Und er wird naturgemäss nicht eben gemildert durch die Tatsache, dass einzelne Regierungsparteien gegenwärtig offensichtlich in einer Art von Profilneurose stecken und eine entsprechende Eigendynamik entwickeln.

Die Regierungsparteien sind sich der Situation im Grunde durchaus bewusst. Sie nehmen denn auch wieder einmal einen Anlauf zu einem gewissen «Minimalprogramm». Doch das ist im Grunde kaum mehr als «Symptomtherapie» und ändert nichts Wesentliches am Sachverhalt eines Führungsdefizits, das auf breiterer Basis angegangen werden sollte. Die Lust dazu scheint allerdings gegenwärtig weder im Bundesrat noch im Parlament oder in den Parteizentralen besonders gross zu sein.

Richard Reich

Vertrackte Landwirtschaftspolitik

Die Landwirtschaftspolitik ist ein äusserst dankbares Gebiet, wenn es darum geht zu demonstrieren, wie interventionistische Systeme der Gefahr ausgesetzt sind, sich sozusagen selbst ad absurdum zu führen, wie sie aus sich selbst heraus den Zwang zu stets neuen Interventionen produzieren. Selbstverständlich ist einer solchen Feststellung sofort das Präludium voranzustellen, dass die Zielsetzung der Agrarpolitik, nämlich der Agrarschutz bzw. der Absatz der Inlandproduktion, mit der Kritik des Systems in keiner

Weise in Frage gestellt wird. Die schweizerische Landwirtschaft braucht einen Schutz, und die Agrarproduzenten brauchen eine Einkommenssicherung. Mit der Bejahung der Zielsetzung sind jedoch die *Mittel*, mit denen dieses erreicht werden soll, noch keineswegs geheiligt. Wo liegen die Schwachstellen? Ein Beispiel soll diese aufzeigen.

Es gibt in der Wirtschaftspolitik Ereignisse, die alle Jahre so sicher wiederkehren wie Ostern oder Pfingsten. Dazu gehören die landwirtschaftlichen

Preisforderungen. Heuer liegt das Schwergewicht auf den *Fleischpreisen*. Was passiert, wenn diesen Forderungen integral nachgegeben würde, nachdem das schweizerische Fleischpreisniveau bereits weltrekordsverdächtig ist? Höhere Preise, das lehrt die Nationalökonomie, regt die Produktion an; andererseits dämpfen sie die Nachfrage. War der Konsument bis vor kurzer Zeit gegenüber den Fleischpreisen ein eher gutmütiges Wesen, so hat er sich nun in der unmittelbaren Vergangenheit eher störrisch gezeigt. Er beginnt zu kalkulieren, schränkt seine Käufe ein oder weicht mehr und mehr auf preislich günstigere Sorten aus. Die Produktion bekommt einen Expansionsimpuls, während sich die Nachfrage unwillig zeigt, grössere Mengen zu steigenden Preisen zu übernehmen. Dies ist die Situation, die eine überschussträchtige Versorgungslage anzeigt.

Fleischpreise sind nach den Spielregeln der Schlachtviehordnung in dem Sinne keine echten Marktpreise, als ihnen lediglich gestattet ist, um einen Richtpreis innerhalb einer bestimmten Bandbreite zu oszillieren. Richtpreise sind die Konsequenz der über die Preispolitik bewerkstelligten Einkommenssicherung. Steigen sie gegen die obere Grenze des Richtbandes, so müssen sie durch *Importe* (Verstärkung des Angebotes) wieder ins Mittelfeld des Richtpreisbandes gedrückt werden. Die Einfuhren spielen mithin das Zünglein an der Preiswaage. Also dürfen die Fleischimporte nicht mehr frei sein; sie haben eine Ausgleichsfunktion zu erfüllen. Wie werden nun die Fleischimporte auf diese preispolitische Notwendigkeit ausgerichtet? In der Schweiz fiel sei-

nerzeit bei der Errichtung der Fleischmarktordnung der Entscheid auf die Einführung von *Importkontingenten*. Es gibt keinen freien zwischenstaatlichen Fleischhandel mehr (Aufhebung der Handels- und Gewerbefreiheit).

Damit entstand als Konsequenz dieses Schrittes die dornenvolle Aufgabe, *wer* denn nun eigentlich die Kontingente bekommen soll. Wer soll das Recht besitzen, Fleisch im Rahmen der Kontingentsfreigaben einzuführen? Das Gerangel um Kontingente ist beträchtlich, weil dieses Geschäft *Renten* verspricht; das ausländische Preisniveau liegt ja zum Teil beträchtlich unter dem inländischen Preisplafond. Ergo sollen die Glücklichen, die von Staates Gnaden dieses Privileg zugespielt erhalten, auch *Pflichten* übernehmen müssen. Sie sollen sich unter anderem bereiterklären, dann, wenn der Preis gegen das *untere* Richtband sinkt, wenn also das inländische Fleischangebot gegenüber der Nachfrage reichlich ist, durch eine Übernahme des «überschüssigen» Angebotes dafür sorgen, dass der Preis nicht ins Bodenlose sinken kann (Marktabräumung). Sie müssen dann schauen, wie sie dieses ungeliebte, weil verlustschwängere Fleisch wieder loswerden. Über dem gewinnversprechenden Kontingentshandel schweben mithin die verlustverheissenden Wolken der Marktabräumung. Die Bereitschaft, die Bürde der Marktabräumung zu übernehmen, ist also an die Attraktivität der Kontingente gebunden. Wie aber, wenn die Einfuhrmöglichkeiten immer kleiner werden oder gar ganz aufhören, weil zufolge des Verhaltens der Inlandproduzenten und der Konsumenten – siehe oben – die Ausgleichsfunktion der Importe nicht

mehr notwendig ist? Niemand verspürt in einem solchen System offenbar besondere Lustgefühle, sich *nur* an Verlustgeschäften beteiligen zu dürfen. Das System droht arbeitsunfähig zu werden. Von diesem Punkt ist die Schweiz offenbar nicht mehr allzu weit entfernt. Er taucht als reale Möglichkeit am Agrarhorizont auf. Was tun?

Die Agrarstrategen stehen vor einem schlimmen Dilemma. Die preispolitischen Hände sind ihnen weitgehend gebunden. Also bleiben nur noch direkte oder indirekte Zugriffe auf die Produktion. Bei der Milch ist sie schon geschehen (betriebsindividuelle Milchkontingente). Noch ist es beim Fleisch nicht so weit. Aber die Möglichkeit eines solchen Vorganges ist nicht mehr völlig auszuschliessen. Und weil Produktionskontingente am Produktionsniveau einer zu wählenden Referenzperiode «anhängen», geht von einer solchen Drohung wiederum ein expansiver Effekt aus. Die Bauern möchten

eine gute Ausgangslage haben. Die Lage ist nicht überaus gemütlich.

Lehre? Die Beschreibung der Konsequenzen eines interventionistischen Systems ist eines; die Aufzeigung von Lösungsmöglichkeiten (Therapie) dagegen etwas ganz anderes. Es gibt in der Agrarpolitik keine Patentrezepte. Ist das der Grund, weshalb sich die zuständigen Stellen im Kreise einer punktuellen, pragmatisch ausgerichteten Kleinchirurgie bewegen? Jedenfalls fällt auf, dass keine Anstrengungen sichtbar sind, die darauf hindeuten würden, dass die Probleme der Landwirtschaft wieder einmal aus einer mehr grundsätzlichen Sicht durchleuchtet werden. Der Eindruck, dass Resignation vorherrscht, drängt sich auf. Deshalb wird es wohl noch auf einige Zeit so bleiben, dass das Heil, wenn es ein solches überhaupt gibt, im Flickwerk bzw. in Feuerwehrübungen gesucht wird.

Willy Linder

Kalter Nicht-Krieg

Die sowjetische Absage der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Los Angeles – frisch, froh und freiwillig haben die Vasallen dem Ukas nicht eben Folge geleistet, doch konnten sie nicht anders; sie war nicht von Abscheu vor der Kommerzialisierung bestimmt, noch eine Revanche für den keineswegs lückenlosen Boykott von 1980, auch war es nicht primär die Furcht vor Abwerbung und Dissidenz von Sportlern. Das alles mag eine Rolle gespielt haben, auch ein freies baltisches Komitee, das sich die Ver-

hinderung der sowjetischen Teilnahme zum Ziel gesetzt hatte. Über solche gewiss nicht geringe Schwierigkeiten kann das Politbüro hinweggehen, wenn es um erwartete Triumphe vor unzähligen Millionen Fernsehzuschauern geht.

Eher ist diese Absage mit einer Reihe anderer abrupter Zurücknahmen von Chancen der Begegnung, des Dialogs zu sehen, wie sie die Tschernenko-Ära – wird sie sehr viel länger währen als das Zwischenspiel Andropov? – offenbar kennzeichnet.

Es hatte Signale der sowjetischen Akademie der Wissenschaften gegeben, die Anlass zu Hoffnung für die zunehmend ärger schikanierten und gefährdeten Sacharows waren. Die Äusserungen wurden zurückgenommen und dementiert. Die sich abzeichnende Normalisierung der Beziehungen zu China wurde brüsk unterbrochen – dabei hatte das chinesische Fernsehen völlig zu recht Präsident Reagans Angriffe aus Peking gegen Moskau nicht gesendet. Es stand dem Amerikaner nicht zu, sich in Peking in chinesische Aussenpolitik einzumischen und eine heikle Lage, in der die Chinesen vorsichtig taktieren, zu verschärfen.

Doch die schlimmste Provokation gegen den Westen, Japan, Südkorea, war die Verleihung des Leninordens an den Piloten Schukow, den Verantwortlichen des Abschusses einer Zivilflugmaschine. 269 tote Passagiere – das war also eine Heldentat, die für eine Auszeichnung gut war.

Dieser systematische Abbruch von Brücken, die Härte, die Einigelung mögen innenpolitische oder systemimmanente Gründe haben. Auf Zeichen sowjetischer Öffnung und Gesprächsbereitschaft wurde aber nicht nur in Europa, sondern auch in den USA mit Spannung gewartet.

Ronald Reagan vor den kommenden Wahlen keinen Trumpf zu geben, mag ein wesentlicher Grund für das Verhalten Moskaus sein. Doch auch er reicht nicht ganz aus. Seit es den Sowjets nicht gelungen ist, die Stationierung von Pershing II in der Bundesrepublik zu verhindern und im Gegenteil die direkte Einmischung in deutsche Innenpolitik kontraproduktiv war, ist irgend etwas in Unordnung

geraten. Doch ist auch zu bedenken, dass nach solcher Härte das leiseste Zeichen von Dialogbereitschaft im Westen um so gieriger aufgenommen wird.

Die westliche Protestwilligkeit darf ohnehin nicht überschätzt werden. Der Schlag gegen Afghanistan hat entzündet, der jetzt eskalierende, bald vierjährige Krieg wurde zur Gewohnheit. Präsident Mitterrand reist nach Moskau, und es ist fraglich, ob er wenigstens für das Sacharow-Paar die Gnade des Exils erreichen kann, um die er sich bemühen will.

Allerdings kann in Moskauer Sicht die nackte Drohung anstelle einer «Charme Offensive» als erfolgreich angesehen werden. Der italienische Aussenminister Giulio Andreotti hat sich in Moskau von Gromyko sagen lassen, ganz Italien könne noch «das Schicksal Pompeis» erleiden. Er hat nicht protestiert. Im Gegenteil, seither ist auch Premierminister Craxi verständnisvoller. Damit ist nicht gesagt, dass sich das sowjetische «Mauern» durchaus lohnt – die Gleichzeitigkeit mit den härteren Verfügungen gegenüber Häftlingen ist kein Zufall –, nur dass es auch nicht unbedingt schadet. Demokratien stehen unter Erfolgszwang; es muss sich immerfort etwas bewegen, eine langdauernde Konfrontation ist der eigenen Presse Anlass zu Vorwürfen: den Regierungen «solle etwas einfallen».

Dass die Sowjetunion wegen des Überfalls auf Afghanistan durch einen Boykott «bestraft» werden sollte, aber die Kontinuität ihres kriegerischen Einsatzes nicht mehr entzündet, sondern dass im Gegenteil Moskaus Absage an Los Angeles enttäuscht, das gibt Aufschluss über den Sinn und die

Wirkung des gelegentlichen kurzbelichteten «Böswerdens».

Vielleicht sind tatsächlich solche Signale keine Mittel der Aussenpolitik. Doch wäre das um so mehr ein Grund zu einer realistischen Verhandlungsbereitschaft ohne gespanntes Warten und über alle Wahrscheinlichkeit hoffnungsvolles Deuten irgendwelcher doch noch kommender Signale der anderen Seite. Wie aber, wenn gegen-

wärtig für die Sowjetunion das «Mauern» ein Imperativ der inneren Lage ist und für die westlichen Demokratien Beweglichkeit ein Imperativ der Innenpolitik? Dann muss man sich darin fügen, dass es hüben und drüben eine Systemlogik gibt, die sich von Vernunft und auch von der Strategie einer Friedenspolitik grundsätzlich unterscheidet.

François Bondy

023, V. 3



KUONI

Direktflug **BALAIR**

Sardinien

Im Forte Village machen Kinder Kuoni-Ferien zum halben Preis.

Kuoni-Woche ab 1074.-
für Kinder ab 547.- im Zusatzbett.

Und im Hotel Castello wohnen Sie ganz luxuriös und können mitmachen bei allem, was das Forte Village bietet.
Kuoni-Woche ab 1193.-

Forte Village - das sind Ferien im sardischen Stil mit Club-Charakter, die gross und klein geniessen. Viel Wassersport, einmaliger Strand, Swimming-Pools, Reiten, Gratis-Tennis auf 11 Plätzen, Sonne, Unterhaltung, Shows, Feste..

Preise günstiger als 1983!



Kuoni-Reisen können Sie in allen Kuoni-Filialen oder in Ihrem Reisebüro buchen.

Ihr Ferienverbesserer



SILVA
FÜR JEDE REISE